

zb
4523



Nicht auseinander



26
4523

St. n. R. g. 593
22

UNIVERSITÄT
LANDESBIBLIOTHEK
DÜSSELDORF

Halbjahresbericht

über die Abwicklung des Provinzialhaushaltsplans 1934 und die voraussichtliche Finanzentwicklung.

29/069

02
par b
305

Nach § 43 des Gemeindefinanzgesetzes vom 15. Dezember 1933 hat der Leiter der Gemeinde bezw. des Gemeindeverbandes der Aufsichtsbehörde halbjährlich einen schriftlichen Bericht über die Abwicklung des Haushaltsplans und die voraussichtliche Finanzentwicklung zu erstatten. In dem Bericht ist insbesondere auf Fehlbeträge oder die Gefahr künftiger Fehlbeträge hinzuweisen; dabei sind die zu ihrer Vermeidung oder Abdeckung geplanten oder getroffenen Maßnahmen darzulegen.

Der nachstehende Halbjahresbericht bezieht sich auf die Zeit vom 1. April 1934 bis 1. Oktober 1934. Er geht ferner auf die Entwicklung im zweiten Halbjahr 1934, soweit dieselbe heute schon voraussichtbar ist, ein. Endlich ist auch das Problem der Haushaltsaufstellung 1935 kurz berührt.

Der Haushaltsplan 1934 konnte ausgeglichen verabschiedet werden. Fehlbeträge früherer Jahre waren in den Haushaltsplan nicht aufgenommen. Tatsächlich hat auch der zwischenzeitliche Rechnungsabluß des Rechnungsjahres 1933 ergeben, daß dieses Rechnungsjahr bei Einbeziehung der verbliebenen Reste ohne Fehlbetrag abschließt.

Zwischen der Aufstellung des Haushaltsplans 1934 und dem jetzigen Halbjahresbericht liegt die Auswirkung des Gesetzes über die einstweilige Neuordnung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 26. März 1934. Durch dieses Gesetz bezw. in Ausführung dieses Gesetzes ist dem Provinzialverband die Unterhaltungspflicht für rund 2900 km unmittelbar von der Provinz unterhaltene Straßen vorläufig abgenommen worden. Die Unterhaltungspflicht dieser Straßen, die als Reichsstraßen in Aussicht genommen sind, ist auf das Reich übergegangen. Es tritt damit im Endergebnis aber keineswegs eine Entlastung des Provinzialverbandes ein, zwar werden die anteiligen Haushaltsmittel für Straßenwärter und Hilfsarbeiter frei. Auch braucht der Unterhaltungstitel (Kapitel 20 Titel 21) für diese Straßen nicht in Anspruch genommen zu werden, wobei indes zu berücksichtigen ist, daß diese Reichsstraßen unter Aufwand hoher, zum Teil auf dem Anleihewege beschaffter Mittel in den vergangenen Jahren größtenteils in einen wirklich guten Zustand versetzt worden sind, sodaß der Unterhaltungsaufwand gerade für diese Straßen am geringsten ist. Die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten bleiben aber nach § 4 des Gesetzes auch für die Reichsstraßen nach wie vor den Provinzen. Auch hat sich der Generalinspektor bisher noch nicht bereit erklärt, bezüglich des Kapitaldienstes, der auf den Reichsstraßen liegt, die Provinzen zu entlasten, sowie die anteiligen Kosten der Wärterversorgung (Ruhegelder und Hinterbliebenenbezüge) zu übernehmen. Durch § 11 des gleichen Gesetzes ist ferner der Länderanteil an der Kraftfahrzeugsteuer im Rechnungsjahre 1934 um $\frac{1}{3}$ gekürzt worden, was die Provinzen deshalb besonders hart traf, weil zugleich ein Teil des vom Reich für 1934 garantierten Kraftfahrzeugsteueraufkommens durch das Mehraufkommen an Kraftfahrzeugsteuer im Jahre 1933 über die für dieses Jahr gegebene Reichsgarantie hinaus schon vorweg beansprucht war und somit für 1934 ausfiel. Statt der im Haushaltsplan 1934 vorgesehenen Einnahme der Provinz aus der Reichskraftfahrzeugsteuer, die außer dem durchlaufenden Kreisanteil 11 960 000 *R.M.* betrug, wird die Einnahme der Provinz aus der Kraftfahrzeugsteuer nur 5 432 000 *R.M.*, also 6 528 000 *R.M.* weniger, betragen. Zum teilweisen Ausgleich hat der Generalinspektor für 1934 einen Zuschuß aus einem Härtefonds in Höhe von 2 378 815 *R.M.* gewährt und sich weiter zur Erstattung eines Betrages von 573 280 *R.M.* bereitgefunden, der aus ordentlichen Haushaltsmitteln der Provinz (Restmittel 1933) noch nach dem 1. April 1934 auf Reichsstraßen verausgabt wurde.

Durch die Auswirkung des Gesetzes über die einstweilige Neuordnung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 26. März 1934 ist der Provinzialhaushaltsplan 1934 so verändert worden, daß es notwendig erscheint, durch eine Nachtragsatzung zum Haushaltsplan den Haushaltsplan den eingetretenen Veränderungen anzupassen. Zum Ausgleich des Haushaltsplans konnte dabei mit herangezogen werden der zu erwartende Mehrertrag bei dem Kapitel Dotationen und Steuern mit Ausnahme des Anteils an der Reichskraftfahrzeugsteuer. Das bisherige Ergebnis der Einnahmen aus Dotationen, Reichseinkommen- und Reichskörperschaftsteuer sowie der voraussichtliche Abschluß der Provinzialumlageberechnung für 1933 und die Veränderungen der Berechnungsunterlagen für die Provinzialumlage 1934 sind so, daß unbedenklich bei den genannten Einnahmepositionen mit einem Mehrerlös von 2,5 Millionen *R.M.* auch dann gerechnet werden kann, wenn infolge der Steuerreform im zweiten Halbjahr gegenüber dem ersten Halbjahr gewisse Ausfälle bei diesen Einnahmen eintreten sollten. Bei der Höhe des neuen Ansatzes ist auch berücksichtigt, daß die Steuern und Dotationen bei Aufstellung des Haushaltsplans im Frühjahr schon erheblich über den Ansatz des Vorjahres veranschlagt wurden, weil man mit Recht für

020/

1934 eine günstigere Entwicklung bei den Steuereinnahmen erhoffen durfte. Zu den Mehreinnahmen bei Kapitel 2 Titel 1—3 und 5 treten sodann hinzu die durch weitere Abdrosselung und Ersparnismaßnahmen bei verschiedenen Aufgabengebieten des Provinzialhaushaltsplans erzielten Ausgabeminderungen, z. B. bei der Fürsorge für Geisteskranke, bei der Fürsorge für Krüppel und bei der Fürsorgeerziehung Minderjähriger. Auf der anderen Seite ergab sich die Notwendigkeit, bei einzelnen Aufgabengebieten den Provinzialhaushaltsplan in geringem Umfange zu überschreiten.

Da Minderausgaben und Mehreinnahmen vorsichtig geschätzt worden sind und größere Überschreitungen nunmehr bis zum Ende des Rechnungsjahres wohl kaum mehr zu erwarten sein werden, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß der Haushaltsplan 1934 auch beim Jahresabschluß ausgeglichen bleiben wird. Eine Erhöhung der Provinzialumlage, — die zudem, weil leider immer noch sehr viele Stadt- und Landkreise, vor allem aus den Industriebezirken, mit ihren Zahlungen an die Provinz stark im Rückstande sind, nur auf dem Papier stehen würde — ist deshalb nicht erforderlich. Der durch die Nachtragsfassung geänderte Provinzialhaushaltsplan 1934 schließt nunmehr in Einnahme und Ausgabe (Bruttozahlen) mit 98 499 469 *R.M.* ab gegenüber 106 654 900 *R.M.* nach den Ansätzen des zu Beginn des Rechnungsjahres verabschiedeten Haushaltsplans. Dabei darf das Weniger in Einnahme und Ausgabe von 8 155 431 *R.M.* nicht täuschen. Es ist deshalb so beträchtlich, weil die Minderung an Kraftfahrzeugsteuer sich — da es sich ja um Bruttozahlen handelt — doppelt auswirkt, einmal im Haushaltsplan der Finanzverwaltung und dann infolge der Abführung der Kraftfahrzeugsteuer an den Haushaltsplan Verkehrswesen, beim Haushaltsplan Verkehrswesen.

Im einzelnen ist zu der Nachtragsfassung, ohne auf minder wichtige Änderungen einzugehen, folgendes zu sagen:

1. Finanzverwaltung.

a) Einnahmen:

Das Erforderliche ist bereits oben gesagt.

b) Ausgaben:

Hier sinkt zunächst entsprechend dem Absinken der Reichskraftfahrzeugsteuer auf der Einnahmeseite auch der an den Haushaltsplan Verkehrswesen abzuführende Kraftfahrzeugsteuerbetrag um rund 6,5 Millionen *R.M.* ab. Der Ansatz für unvorhergesehene Ausgaben mußte vorrichtshalber um 150 000 *R.M.* erhöht werden, weil u. a. durch die Übernahme der Fürsorge der Hirnverletzten und Kriegsblinden auf den Landesfürsorgeverband diesem im zweiten Halbjahr voraussichtlich wesentliche Neuausgaben entstehen werden. Besondere Aufgaben im Grenzgebiet verlangen eine Mehrausgabe von 50 000 *R.M.*

2. Allgemeine Verwaltung.

Die sich bei der Allgemeinen Verwaltung auf der Einnahmeseite und Ausgabeseite als notwendig erweisenden Veränderungen, die bei der Gesamteinnahme eine Erhöhung von 11 700 *R.M.* und bei der Gesamtausgabe eine Erhöhung von rund 94 500 *R.M.* bringen, beruhen in der Hauptsache auf notwendiger Neueinstellung von Personal (infolge Mehrarbeit bzw. Erweiterung des Aufgabenkreises) sowie darauf, daß man bei den Ansätzen für Geschäftsbedürfnisse bei der Haushaltsaufstellung in der Absicht, möglichst viel einzusparen, doch über die Grenze des Durchführbaren hinausgegangen ist.

3. Verkehrswesen.

a) Einnahmen:

Die Gesamteinnahme sinkt gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz um über 4,5 Millionen *R.M.*, und zwar trotz der Überweisung aus dem Härtefonds in Höhe von 2 378 815 *R.M.* und der Erstattung von Ausgaben seitens des Generalinspektors für Aufwendungen für Reichsstraßen in Höhe von 573 280 *R.M.* Dabei trifft die Mindereinnahme von rund 4,5 Millionen *R.M.* bis auf einen Betrag von 1 Mill. *R.M.*, der den durch den Provinzialhaushaltsplan nur durchlaufenden Anteil der Stadt- und Landkreise an der Kraftfahrzeugsteuer betrifft, in vollem Umfange den Provinzialverband.

b) Ausgaben:

Der Ausfall auf der Einnahmeseite wird durch die durch Übernahme von Provinzialstraßen als Reichsstraßen auf das Reich sich ergebenden Minderausgaben in Höhe von 689 000 *R.M.* + 139 000 *R.M.* + 349 130 *R.M.* = 1 177 130 *R.M.* in keiner Weise ausgeglichen, und zwar auch dann, wenn man wiederum den durchlaufenden Posten von rund 1 Mill. *R.M.* in Betracht zieht. Der Zuschußbedarf der Straßenabteilung steigt vielmehr um 2 531 931 *R.M.* Bei der Mehrausgabe von 200 000 *R.M.* bei Kapitel 20 Titel 21 b handelt es sich um personelle Ausgaben, die wegen ihres Zusammenhangs mit den laufenden Straßenunterhaltungsarbeiten bisher aus Kapitel 20 Titel 21 a geleistet wurden, die jedoch jetzt gemäß § 24 Abs. 1 des Gemeindefinanzgesetzes besonders ausgewiesen sind.

Mit der Erhöhung des Zuschusses zum Straßenhaushaltsplan um 2 531 931 *R.M.* ist nunmehr die Grenze desjenigen, was neben der restlosen Verwendung der Kraftfahrzeugsteuer für Straßenzwecke aus

eigenen Mitteln der Provinz gegeben werden kann, erreicht. Bei dem am Schluß des Halbjahresberichts gegebenen Ausblick auf das Etatsjahr 1935 wird hierauf noch näher eingegangen werden.

Um ein Bild über die Betreuung der Reichsstraßen in der Rheinprovinz zu geben, ist ein diesbezüglicher Voranschlag in der Anlage beigelegt. Desgleichen ist in einer Anlage eine Übersicht über den zeitigen Befestigungszustand der als Reichsstraßen abgegebenen und als Provinzialstraßen verbleibenden Straßenstrecken gegeben.

4. Wirtschaftspflege.

Die Änderungen auf der Einnahme- und Ausgabeite sind hier nicht einschneidender Natur. Es wird im einzelnen auf die Begründung zum Nachtragshaushaltsplan verwiesen.

5. Volksfürsorge.

Die Hauptveränderungen liegen bei dem Haushaltsplan der Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler, wo heute eine Unterbringung von Schutzhäftlingen nicht mehr stattfindet und infolgedessen auf der Einnahme- und Ausgabeite starke Veränderungen eintreten, bei den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, bei der Krüppelfürsorge und bei der Fürsorgeerziehung. Auch hier wird im übrigen auf die Einzelbegründung zum Nachtragshaushaltsplan verwiesen. Bei Kapitel 48, Landesjugendamt, ergab sich die Notwendigkeit, in mäßigen Grenzen sich haltende Mehraufwendungen für die Hitlerjugend, für das Jugendherbergswesen und für die N.S. Volkswohlfahrt vorzusehen.

6. Kulturpflege.

Während die Einnahmeseite ziemlich unverändert bleibt, ergibt sich auf der Ausgabeite ein Mehrbedarf von rund 100 000 *R.M.* Des näheren sei auch hier auf die Begründung zum Nachtragshaushaltsplan verwiesen.

Ausblick auf das Etatsjahr 1935.

Die Haushaltsgestaltung 1935 hängt ganz davon ab, wie die Einnahmen bei dem Haushaltsplan „Verkehrswesen“ sein werden. Die Provinzialverwaltung schaut hier mit ernster Sorge auf das neue Etatsjahr. Wie bereits erwähnt, ist die Grenze desjenigen, was neben der restlosen Verwendung der Kraftfahrzeugsteuer für Straßenzwecke aus eigenen Mitteln der Provinz zum Haushaltsplan „Verkehrswesen“ gegeben werden kann, erreicht, wobei man bedenken muß, daß ja außer der Kraftfahrzeugsteuer auch der Anteil der Provinz an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und an den Dotationen gegenüber der Zeit vor der Finanzkrise auf das stärkste abgesunken ist und sich erst neuerdings wieder langsam zu erholen beginnt. Die Spannung, die das ständige Absinken der Kraftfahrzeugsteuer im Provinzialhaushaltsplan der Rheinprovinz ausgelöst hat, geht am klarsten aus nachstehenden Ziffern hervor: Der Provinzialverband hat aus der Kraftfahrzeugsteuer erhalten:

im Jahre 1929	19 075 973 <i>R.M.</i> ,	
„ „ 1930	16 177 834 „	
„ „ 1931	14 070 503 „	
„ „ 1932	12 674 991 „	} (Mehraufkommen infolge der Steuerablösungsmöglichkeit)
„ „ 1933	15 624 221 „	
„ „ 1934	5 339 763 „	

(außerdem standen an Reichsmitteln für 1934 zur Verfügung: 2 378 815 *R.M.* aus dem Härtefonds des Generalinspektors und 573 280 *R.M.* einmalige Erstattung seitens des Generalinspektors von nach dem 1. April 1934 gemachten Aufwendungen der Provinz für Reichsstraßen aus Kraftfahrzeugsteuermitteln 1933*).

Daß sich die so jäh absinkende Kraftfahrzeugsteuerkurve bisher nicht in der Form eines starken Haushaltsfehlbetrages auswirkte, ist nur auf zwei Wegen verhindert worden:

1. indem eine rücksichtslose Abdrosselung in den übrigen Haushaltsplänen zu Gunsten des Haushaltsplans „Verkehrswesen“ vorgenommen wurde. Dies drückt sich in einem wieder stark ansteigenden Zuschuß der Provinz zum Straßenhaushaltsplan aus. Der Zuschuß der Provinz zum Straßenhaushaltsplan betrug 1932 854 966 *R.M.* Der Zuschuß der Provinz zum Straßenhaushaltsplan beträgt demgegenüber nach der jetzigen Nachtragsfassung für 1934 4 764 952 *R.M.*,
2. indem die sächliche Unterhaltung der Provinzialstraßen, um den auf den Straßen lastenden stetig ansteigenden Kapitaldienst, die Verwaltungskosten und die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Kreisen und Gemeinden überhaupt aufbringen zu können, in einer Weise eingeschränkt wurde, die nur ganz vorübergehend erträglich ist. Schon häufen sich die Klagen, vor allem aus dem Süden der Provinz, über den schlechten Zustand der Provinzialstraßen. Das Absinken der Position laufende Unterhaltungskosten sowie Kosten für größere Erweiterungs- und Umbauten (Kapitel 20 Titel 21 des Haushaltsplans) zeigt dies leider ganz klar:

*) Dieser letztere Betrag ist deshalb bei dem Vergleich der verschiedenen Jahre bei der Kraftfahrzeugsteuersumme 1933 abzulesen.

Jst 1929	16 231 694,11	<i>R.M.</i>
" 1930	15 172 999,73	"
" 1931	7 649 598,90	"
" 1932	1 921 180,23	"
" 1933	3 655 196,17	"
Soll 1934	1 796 370,—	"*) (Nach dem An-

satz des Haushaltsplans in der Form der Nachtragsatzung.)

Es ist ganz unmöglich, daß mit diesen geringen Unterhaltungskosten weiterhin auszukommen ist, zumal wenn zukünftig, weil eine Erhöhung des Schuldenstandes der Provinz sich nicht mehr vertreten läßt, ein Ausbau im Anleihewege auch wird unterbleiben müssen, während bisher im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsprogramme 1932/34 auch dem Unterhaltungsaufwand eine wesentliche Erleichterung gebracht wurde. Der Unterhaltungstitel muß also, soll nicht ein Verfall der Provinzialstraßen eintreten, unbedingt wieder erhöht werden.

Nun wird sich aber 1935 durch die Übernahme von voraussichtlich 2 500 km Kreis- und Gemeindestraßen das nach Ausschneiden der Reichsstraßen verbleibende Provinzialstraßennetz (zukünftig das Netz der Landstraßen erster Ordnung) noch ganz bedeutend vergrößern, ja nahezu verdoppeln. Im Gegensatz zu den an das Reich abzugebenden gut ausgebauten Reichsstraßen wird es sich hier zu einem großen Teile um Straßen handeln, deren Ausbauzustand ein ganz unzulänglicher ist. Da zudem die sächlichen und personellen Verwaltungskosten der Provinz auch für die Reichsstraßen weiter laufen, also durch den Übergang dieser Straßen auf das Reich keine Verminderung des Personalbestandes und des sächlichen Verwaltungsaufwandes eintritt, bedingt zunächst die Übernahme dieser Kreis- und Gemeindestraßen auf die Provinz einen Mehrbedarf an personellem und sächlichen Verwaltungsaufwand von etwa 25%, der auf über 350 000 *R.M.* zu schätzen ist. Dann kommen die Kosten für Straßenwärter und Hilfsarbeiter hinzu, die rund 800 000 *R.M.* betragen, und endlich die Unterhaltungskosten im engeren Sinne, die bei den zu übernehmenden 2 500 km Straßen unter Zugrundelegung lediglich des 1934 für die Provinzialstraßen zur Verfügung stehenden völlig unzulänglichen Unterhaltungssatzes von nur 500 *R.M.* je km weitere 1 250 000 *R.M.* ausmachen. Die Ausgabeite des Haushaltsplans „Verkehrswesen“ wird sich also 1935 gegenüber 1934, selbst wenn der völlig unzulängliche Unterhaltungssatz von 500 *R.M.* je km bestehen bleiben sollte, zunächst durch die Übernahme der Kreis- und Gemeindestraßen um 2,4 Millionen *R.M.* erhöhen. Hinzu kommt die Steigerung auf der Ausgabeite gegenüber 1934, die sich durch die weitere Abwicklung des im Winter 1933/34 im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung eingeleiteten Straßenbauprogramms durch Verzinsung und Tilgung ergibt. Dadurch erhöht sich die zwangsläufige Steigerung auf der Ausgabeite gegenüber 1934 auf über 2,8 Millionen *R.M.*

Ebenso bedenklich wie das Steigen der Ausgaben von 1935 zu 1934 wird das Absinken der Einnahmen sein. Es ist oben dargelegt worden, daß neben dem Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer 1934 wenigstens noch der Härtefonds des Generalinspektors in Höhe von 2 389 815 *R.M.* zur Verfügung stand, ferner eine einmalige Erstattung des Generalinspektors in Höhe von 573 280 *R.M.*. Es erscheint zweifelhaft, ob derartige Zuweisungen seitens des Generalinspektors neben dem Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer auch noch für 1935 zu erwarten sind. Sind sie nicht zu erwarten, bedeutet das einen Einnahmeausfall gegenüber 1934 von rund 3 Mill. *R.M.*. Die Mehrbelastung, die der Haushaltsplan 1935 dann gegenüber 1934 zwangsläufig bringen würde — immer wohl gemerkt zunächst unter Annahme, daß der unzulängliche Unterhaltungssatz von 500 *R.M.* je km bestehen bleibt — würde demnach durch die Ausfälle auf der Einnahmeseite und durch das Steigen der Ausgabeite 5,8 Mill. *R.M.* betragen. Das bedeutete schon die Notwendigkeit einer Umlagerhöhung um 40%.

Würde man nun anstatt des unzulänglichen Unterhaltungssatzes von 500 *R.M.* je km wenigstens einen Unterhaltungssatz von 1500 *R.M.* je km zur Verfügung stellen, so würde das bei rund 6000 km eine weitere Steigerung um 6 Millionen *R.M.* bedeuten, was einer Erhöhung der Provinzialumlage um 41% gleichkäme, insgesamt also eine Steigerung der Provinzialumlage um 81% bedeuten. Nun ist aber tatsächlich in den Jahren 1928—1930 aus ordentlichen Mitteln jährlich ein Satz von 3000 *R.M.* je km für Unterhaltung und laufenden Ausbau im Durchschnitt ausgegeben worden. Würde man diesen Unterhaltungssatz zugrunde legen, so würde das eine abermalige Steigerung der Provinzialumlage um 9 Mill. *R.M.* bedingen, d. h. um 62%, insgesamt also um 143%. Dabei sollte bei der bekannten finanziellen Lage der Stadt- und Landkreise eine Provinzialumlagerhöhung überhaupt außerhalb jeder Diskussion bleiben. Bei dieser Sachlage kann vielmehr nur die Bereitstellung von Reichsmitteln in ganz anderem Umfange helfen.

Zusammenfassend sei gesagt, daß die Gestaltung des Straßenhaushaltsplans sich immer mehr zum Zentralproblem für die Aufstellung des Gesamthaushaltsplans auswärts. Von seiner Lösung wird es in der Hauptsache abhängen, ob sich die Finanzen der Provinz auf der heutigen, trotz des großen Schuldenstandes, geordneten und gesunden Grundlage erhalten lassen.

*) Dabei ist allerdings nicht berücksichtigt die neue Position von 200 000 *R.M.* (Kap. 20 Tit. 21b) unter die heute Ausgaben, die früher aus dem Unterhaltungstitel (Kap. 20 Tit. 21a) genommen wurden, fallen.

Haushaltsplan der Reichsstraßen 1934.

Bemerkungen:

a) Allgemeines:

Ausgaben für die Verwaltung der Reichsstraßen (Gehälter usw.) fallen gesetzlich dem Provinzialverband zur Last. Außerdem hat sich der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen bisher noch nicht bereit erklärt, die anteiligen Kosten des Kapitaldienstes für Verzinsung und Tilgung von Anleihen für Straßenbauzwecke, die auf die Reichsstraßen entfallen sowie die anteiligen Kosten der Wärterversorgung (Ruhegelder und Hinterbliebenenbezüge) zu übernehmen.

b) 3 u Abschnitt U A: Erstattung des für Reichsstraßen verausgabten Betrages von 573 280,16 *RM*.

Aus den für die Unterhaltung der Provinzialstraßen 1933 besonders bereitgestellten Kraftfahrzeugsteuermitteln ist seit 1. April 1934 auf den als Reichsstraßen anerkannten Provinzialstraßen ein Betrag von 573 280,16 *RM* verausgabt worden. Dieser Betrag wird der Provinz vom Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen erstattet und soll gemäß seiner ursprünglichen Bestimmung für die materielle Unterhaltung der Provinzialstraßen Verwendung finden.

Haushaltsplan der

Einnahmen

Abchnitt	Titel	Gegenstand	Soll 1934	
			RM	ℳ
U. J.	I—V	Unterhaltung und Instandsetzung der Reichsstraßen	2 685 000	—
		Summe U. J.	2 685 000	—
U. A.	I—VII	Umbau und Ausbau von Reichsstraßen	6 110 500	—
		Erstattung des aus Kraftfahrzeugsteuermitteln 1933 ab 1. April 1934 für Reichsstraßen verausgabten Betrages	573 280	16
		Summe U. A.	6 683 780	16
		Gesamteinnahme Haushaltsplan der Reichsstraßen	9 368 780	16

Reichsstraßen 1934

Ausgaben

Abchnitt	Titel	Gegenstand	Soll 1934	
			RM	ℳ
U. J.		Unterhaltung und Instandsetzung der Reichsstraßen.		
	I	Unterhaltung der Nebenanlagen	661 532	—
	II	Unterhaltung der Fahrbahnen	1 627 898	—
	III	Oberflächenbehandlungen	395 570	—
	IV	Erstmalige Oberflächenbehandlung	—	—
	V	Schüttungen	—	—
		Summe U. J.	2 685 000	—
U. A.		Umbau und Ausbau von Reichsstraßen.		
	I	Selbständige Verbreiterungen	—	—
	II	Dollschüttungen mit Verbreiterung der Steinbahn	—	—
	III	Mittelschwere Decken	2 891 882	—
	IV	Schwere bituminöse Decken	—	—
	V	Pflasterdecken	1 349 993	—
	VI	Betondecken	—	—
	VII	Verschiedenes	1 868 625	—
	—	Abführung des erstatteten, für Reichsstraßen aus Kraftfahrzeugsteuermitteln verausgabten Betrages an den Ordentlichen Haushalt 1934 „III. Verkehrswejen“ Kapitel 20	573 280	16
		Summe U. A.	6 683 780	16
		Gesamtausgabe Haushaltsplan der Reichsstraßen	9 368 780	16

Nr.	Titel	Verfasser	Jahr	Bd.
1	Handbuch der Pflanzenkunde	Wiegmann, J. G.	1828	1
2	Handbuch der Tierkunde	Wiegmann, J. G.	1828	1
3	Handbuch der Mineralogie	Wiegmann, J. G.	1828	1
4	Handbuch der Geologie	Wiegmann, J. G.	1828	1
5	Handbuch der Geschichte	Wiegmann, J. G.	1828	1
6	Handbuch der Philosophie	Wiegmann, J. G.	1828	1
7	Handbuch der Poesie	Wiegmann, J. G.	1828	1
8	Handbuch der Kunst	Wiegmann, J. G.	1828	1
9	Handbuch der Wissenschaften	Wiegmann, J. G.	1828	1
10	Handbuch der Naturgeschichte	Wiegmann, J. G.	1828	1
11	Handbuch der Medizin	Wiegmann, J. G.	1828	1
12	Handbuch der Chirurgie	Wiegmann, J. G.	1828	1
13	Handbuch der Pharmazie	Wiegmann, J. G.	1828	1
14	Handbuch der Anatomie	Wiegmann, J. G.	1828	1
15	Handbuch der Physiologie	Wiegmann, J. G.	1828	1
16	Handbuch der Pathologie	Wiegmann, J. G.	1828	1
17	Handbuch der Therapie	Wiegmann, J. G.	1828	1
18	Handbuch der Hygiene	Wiegmann, J. G.	1828	1
19	Handbuch der Forensik	Wiegmann, J. G.	1828	1
20	Handbuch der Rechtsmedizin	Wiegmann, J. G.	1828	1

Übersicht

**über den zeitigen Befestigungszustand der als Reichsstraßen abgegebenen und als Provinzialstraßen vorerst verbleibenden Straßenstrecken
(ohne die erst zu übernehmenden rund 2500 km Kreis- und Gemeindestraßen).**

A. Von den rheinischen Provinzialstraßen sind bisher als Reichsstraßen rund 2900 km anerkannt, die wie folgt befestigt sind:

rund	660	km	mit	Kleinpflaster
"	165	"	"	Großpflaster
"	221	"	"	schweren bituminösen Decken
"	310	"	"	mittelschweren Decken
"	1 361	"	"	Oberflächenchutzschichten
"	183	"	"	kiesgebundenen Schüttungen
<hr style="width: 20%; margin: 0 auto;"/>				
zusammen: rund 2 900 km				

B. Von den in der Unterhaltung des Provinzialverbandes verbliebenen rund 3500 km Provinzialstraßen sind befestigt:

rund	220	km	mit	Kleinpflaster
"	96	"	"	Großpflaster
"	63	"	"	schweren bituminösen Decken
"	544	"	"	mittelschweren Decken
"	1 655	"	"	Oberflächenchutzschichten
"	922	"	"	kiesgebundenen Schüttungen
<hr style="width: 20%; margin: 0 auto;"/>				
zusammen: rund 3 500 km				

Übersicht

Über den Teil der Aufwandsrechnung für die Herstellung der
Produktkosten sowie der sonstigen Kosten
sowie die in der Aufwandsrechnung zum 31.12.1900

A. Der für die Herstellung der Produkte aufgewandte Aufwand zum 31.12.1900

Aufwand zum 31.12.1900	
Materialkosten	100
Arbeitslohn	200
sonstige Kosten	100
Gesamt	400

B. Der für die Herstellung der Produkte aufgewandte Aufwand zum 31.12.1900

Aufwand zum 31.12.1900	
Materialkosten	100
Arbeitslohn	200
sonstige Kosten	100
Gesamt	400

Übersicht

über das Vermögen des Provinzialverbandes der Rheinprovinz in

A. Beteiligungen,

B. Forderungen,

C. Ansammlungsstöcken, Fonds und zweckgebundenen Sondervermögen

unter Berücksichtigung der in der Zeit nach dem 31. März 1934 (Rechnungsabluß 1933)
bis 30. September 1934 eingetretenen Veränderungen.

A. Beteiligungen.

Zf. Nr.	Des Unternehmens		Zweck (Aufgabe)	Höhe der Beteiligung Stand am 30. 3. 34 nominal RM
	Name	Sitz		
1	Landesbank der Rheinprovinz	Düsseldorf	Stammeinlage des Prov.-Verb.	12 500 000,—
2	Rheinische Heimstätte G. m. b. H.	Düsseldorf	Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit in der Provinz	1 232 890,—
3	Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft m. b. H. „Rhein. Heim“	Bonn	Förderung der ländlichen Siedlung in der Rheinprovinz	293 000,—
4	Rheinische Beamtenbaugesellschaft m. b. H.	Düsseldorf	Erstellung von Wohnungen f. Provinzialbeamte und Angestellte	30 000,—
5	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk A.-G.	Essen	Elektrizitätsversorgung: a) Inhaberaktien b) Namensaktien	617 600,— 65 980,—
6	Kommunale Aufnahmegruppe für Aktien G. m. b. H.	Essen	Sicherung des kommunalen Einflusses im RWE.	5 000,—
7	A.-G. „Westwaldbrüche“	Bonn	Betrieb von Basaltbrüchen: Inhaberaktien	330 800,—
8	A.-G. J. Reeh	Dillenburg	Betrieb von Basaltbrüchen: Namensaktien	162 800,—
9	Basalt-Aktiengesellschaft	Eintr. a. Rh.	Betrieb von Basaltbrüchen: Inhaberaktien	150 000,—
10	Rheinische Provinzial-Basaltwerke G. m. b. H.	Obercassel	Betrieb von Basaltbrüchen (Rhein. Provinzialverband besitzt sämtliche Anteile)	260 000,—
11	Kleinbahn Merzig-Büschfeld G. m. b. H.	Merzig	Kleinbahnbetrieb 650 000 fr. Frs.	108 333,—
12	Nürburg-Ring G. m. b. H.	Adenau	Automobilrenn- u. Prüfungsstraße	9 000,—
13	Rhein. Spielgemeinschaft für nationale Festgestaltung, Gemeinnützige G. m. b. H.	Köln	Volksschauspiele und Festspiele an Nationalfeiertagen	3 000,—

±	Eingetretene Veränderungen vom 1. 4. - 30. 9. 34 RM	Höhe der Beteiligung Stand am 30. 9. 34 nominal RM	Bemerkungen
+	268 540,—	1 501 430,—	Im Rahmen der Vereinigung der Zahlungsrückstände der Stadt- und Landkreise hatte sich der Provinzialverband bereit erklärt, Geschäftsanteile der Stadt- und Landkreise sowie der kreisangehörigen Gemeinden an der Rheinischen Heimstätte von rund 500 000 RM zu übernehmen. Auf Grund des Angebots des Provinzialverbandes wurden bis zum 30. September 1934 Geschäftsanteile im Gesamtbetrag von 260 850 RM übernommen. Die Abtretung der noch ausstehenden Geschäftsanteile ist in der Durchführung begriffen. Ferner wurden an Geschäftsanteilen von der De Francis-Kruzestiftung = 7 690 RM, auf den Provinzialverband übernommen, insgesamt 268 540 RM.
—	—	293 000,—	
—	—	30 000,—	
—	—	617 600,—	Davon nom. 266 000 RM lombardiert zugunsten der kommunalen Aufnahmegruppe (vgl. Ziffer 6).
—	—	65 980,—	
—	—	5 000,—	
+	60,—	330 860,—	Infolge Hereingabe von nom. 60 RM Aktien zum Ausgleich eines bei der Kapital-Zusammenlegung verbliebenen Restbetrages.
—	—	162 800,—	
+	150 000,—	150 000,—	Vom Provinzialverband übernommen im Rahmen der Vereinigung des Verhältnisses Provinz - Provinzial-Basaltwerke.
+	40 000,—	300 000,—	Erhöhung des Geschäftskapitals im Rahmen der Vereinigung des Verhältnisses Provinz - Provinzial-Basaltwerke.
—	—	108 333,—	
—	—	9 000,—	
—	—	3 000,—	



B. Forderungen.

Stb. Nr.	Name und Wohnort des Schuldners	Bezeichnung der Forderung	Stand am 31. 3. 34 RM
1	Die rheinischen Stadt- und Landkreise	Forderungen aus der Konsolidierungsaktion der Zahlungsrückstände an Provinzialumlage und Anstaltspflegekosten	14 921 253,—
2	Verschiedene	Baudarlehen zur Beschaffung von Wohnungen für Provinzialbeamte und Angestellte	727 416,74
3	Verschiedene	Forderungen des Prov.-Verbandes (Hauptfürsorgestelle) aus ausgeliehenen Bau- und Wirtschaftsdarlehen an Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene	190 007,—
4	Kreis Ahrweiler (Adenau)	Darlehen für den Bau des Nürnberg-Ringes	45 000,—
5	Bezirksverband Wiesbaden	Forderung des Prov.-Verbandes gegen den Bezirksverband Wiesbaden aus Anlaß der Umgliederung des Kreises Wehlart aus der Rheinprovinz in die Provinz Hessen-Nassau	240 000,—
6	Stadt Neuwied	Staffeldarlehen für den Deichbau Neuwied	17 050,15
7	Rheinische Provinzial-Basaltwerke G. m. b. H., Obercaffel	Forderung für Brecheranlage	357 394,40
8	Landesbank der Rheinprovinz, Düsseldorf	Darlehensforderung aus der gemäß Beschluß des 79. Prov.-Landtages vom Prov.-Verband übernommenen, inzwischen umgeschuldeten Schuld gegenüber Reich und Staat aus den von diesen für die Landesbank eingelösten Schaßanweisungen in Höhe von 50 Millionen RM zuzüglich Zinsen, nämlich: 5% auf 35 Mill. RM v. 15. 10. 32—28. 2. 34 u. 5% auf 15 Mill. RM v. 1. 11. 32—28. 2. 34	53 406 250,—
9	Evgl. Erziehungsanstalt, Oberbieber bei Neuwied	Darlehen der Landesbank. Der Prov.-Verband ist als Bürge inzwischen im Wege der Umschuldung in die Verpflichtung eingetreten	30 303,93
10	Berg. Diakonissen-Mutterhaus in Wuppertal-Elberfeld	Desgleichen	57 657,21
11	Kath. Schifferkinderheim St. Josef in Duisburg	Desgleichen	138 655,03
12	Evgl. Verein „Jugendwohlf“ in Köln	Desgleichen	46 985,44

	Eingetretene Veränderungen vom 1. 4. — 30. 9. 34 + RM	Stand am 30. 9. 34 RM	Bemerkungen
—	14 921 253,—	—	Übernommen unter der Bezeichnung „Konsolidierungsaktion“ nach Übersicht C, Ziffer 3, weil nach dem Aufbau der Übersicht über den Vermögens- und Schuldenstand des Provinzialverbandes besser unter C der Vermögensübersicht aufzuführen.
+	16 101,89	743 518,63	Beteiligt wurden in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1934 — 16 398,11 RM Neu bewilligte Darlehen — 32 500,— „ mithin Zugang: 16 101,89 RM
—	43 846,88	146 160,12	Darlehensrückzahlungen die im ordentlichen Haushalt bei Kapitel 45 Titel 3 vereinnahmt wurden.
—	—	45 000,—	
—	240 000,—	—	Durch Herbeigabe von Umschuldungsbriefen in gleicher Höhe abgedeckt, die wiederum zur Abdeckung der Schulden des Provinzialverbandes gegenüber dem Umschuldungsverband verwandt wurden.
—	17 050,15	—	Der Kreis Neuwied hat inzwischen die Verpflichtung zur Bereitstellung der Staffeldarlehen übernommen gegen Freistellung von einem Teil seiner Zahlungsrückstände gegenüber dem Provinzialverband und gegen Abtretung der aus dem bereits geleisteten Staffeldarlehen erwachsenden Rückzahlungsansprüche.
—	—	357 394,40	Die Forderung steht im Zusammenhang mit der Bereinigung des Verhältnisses Provinz-Provinzial-Basaltwerke.
+	1 255 492,—	54 661 742,—	4,03% Zinsen vom 1. März bis 30. September 1934.
—	303,93	30 000,—	Bei der Umschuldung verbliebener in bar abgedeckter Spitzenbetrag.
—	657,21	57 000,—	Wie zu Stb. Nr. 9.
—	—	138 655,03	Wertlos.
—	19 485,44	27 500,—	Zur Sanierung mußte ein Schuldnachlaß von 20 000 RM gewährt werden. Der Zugang von 514,50 RM ergibt sich aus der Hinzurechnung von rückständigen Zinsen zum Kapital.

Zf. Nr.	Name und Wohnort des Schuldners	Bezeichnung der Forderung	Stand am 31. 3. 34
			RM
13	Caritasverband, Wuppertal-Elberfeld	Desgleichen	50 906,33
14	Vaterländischer Frauenverein in Neuwied	Desgleichen	170 392,30
15	Caritasverband, M.-Gladbach	Desgleichen	26 126,69
16	Rheinische Heimstätte G. m. b. H., Düsseldorf	Staatsdarlehen	640 460,—
17	Diakonissenanstalten, Kreuznach	Desgleichen*)	340 000,—
18	Evgl. Gemeinde, Berg.-Gladbach	Desgleichen**)	91 575,—
19	Josefs-Gesellschaft für Krüppelfürsorge, Köln-Deutz	Desgleichen**)	330 000,—
20	St. Elisabethenstift, Bad Kreuznach	Desgleichen**)	30 000,—
21	Schifferkinderheim St. Josef, Duisburg-Ruhrort	Desgleichen	100 000,—
22	Herberge zur Heimat, Köln	Desgleichen	70 000,—
23	Erziehungs- u. Pflegeanstalt „Heppata“, M.-Gladbach	Desgleichen	90 000,—
24	St. Elisabethenstift, Bad Kreuznach	Darlehen des Preussischen Staates. Der Provinzialverband ist als Bürge inzwischen im Wege der Umschuldung in die Verpflichtung eingetreten	
25	Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Essen	Aus Mitteln des Arbeits-Beschaffungsprogramms aufgenommene und an den Ruhr-Siedlungsverband weitergeleitete Darlehen	877 100,—

±	Eingetretene Veränderungen vom 1. 4. — 30. 9. 34	Stand am 30. 9. 34	Bemerkungen
	RM	RM	
—	6,33	50 900,—	Wie zu Zf. Nr. 9.
—	392,30	170 000,—	Wie zu Zf. Nr. 9.
—	13 626,69	12 500,—	Zur Sanierung mußte ein Schuldnachlaß von 10 000 RM gewährt werden. Der Rest stellt die Abdeckung eines von der Umschuldung ausgenommenen Spühenbetrages dar, der mit den darauf aufgelaufenen Zinsen zusammen 3 773,31 RM beim Tilgungstode vereinnahmt worden ist (vgl. Übersicht C, Zf. Nr. 2).
	—	640 460,—	
	—	340 000,—	
+	2 700,—	94 275,—	Rückständige Zinsen auf inzwischen umgeschuldete Teilschuld von 45 000 RM.
	—	330 000,—	
+	3 600,—	33 600,—	Rückständige Zinsen auf die inzwischen umgeschuldete Schuld von 30 000 RM.
	—	100 000,—	
	—	70 000,—	
	—	90 000,—	
+	16 800,—	16 800,—	
+	1 060 248,71	1 937 348,71	Davon 685 300,— RM aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm 1932 1 254 048,71 „ Teilbetrag aus dem aufzunehmenden Darlehen aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm 1933 im Betrage von 1 470 000 RM.

*) Von dem zu Zf. Nr. 17 aufgeführten Betrage werden infolge Fälligkeit voraussichtlich bis 31. März 1935 zur Umschuldung gelangen 60 000 RM.

**) Von Zf. Nr. 18 sind bisher zur Umschuldung gelangt: 49 200 RM, bis 31. März 1935 werden voraussichtlich noch zur Umschuldung gelangen: 22 500 RM.

Von Zf. Nr. 19 sind bisher zur Umschuldung gelangt: 100 000 RM, bis 31. März 1935 werden voraussichtlich noch zur Umschuldung gelangen: 100 000 RM.

Von Zf. Nr. 20 ist der Gesamtbetrag von 33 600 RM zur Umschuldung gelangt.



C. Anfallungsfonds, Fonds und

Cfd. Nr.	Bezeichnung	Zweck und Bestand	Stand am 31. 3. 34
			RM
1	Betriebsfonds	bar	2 303 822,59
2	Tilgungsfonds	bar	3 067 025,23
3	Konsolidierungsaktion	Konsolidierung der Zahlungsrückstände der Stadt- und Landkreise an Provinzialumlage und Anstaltspflegekosten: a) Forderungen b) Schuldverschreibungen des Umschuldungsverbandes deutscher Gemeinden	13 369 153,— 1 552 100,—
4	Ausgleichsrücklage	a) bar b) Wertpapiere: Deutsche Abl.-Anleihe mit Ausl. nom. . Rheinpr. Abl.-Anleihe mit Ausl. nom. .	67 348,90 62 812,50 20 412,50
5	Erneuerungsfonds	bar	—
6	Bürgschaftsficherungsfonds	bar	—
7	Steuergutscheine	nom.	31 740,—
8	Rhein. Meliorationsfonds	a) bar b) Forderungen aus Aufwertung	45 113,50 16 557,34
9	Fonds des Rittergutes Desdorf	a) bar b) Wertpapiere: Deutsche Abl.-Anleihe mit Ausl. nom. . Rheinpr. Abl.-Anleihe mit Ausl. nom. .	36 023,— 512,50 250,—
10	Stipendienfonds für würdige und bedürftige Schüler der höheren Landwirtschaftsschule in Kleve aus dem Reg.-Bezirk Aachen	bar	6 285,60
11	Dr.-Francis-Kruse-Stiftung	Zur Unterstützung kinderreicher Familien im Regierungsbezirk Düsseldorf: a) bar b) Verschiedene Wertpapiere, in der Hauptsache Goldkom.-Oblig. der Landesbank, nom. c) Geschäftsanteile der Rhein. Heimstätte G. m. b. H., nom.	— 116 500,— 7 690,—

zweckgebundene Sondervermögen.

±	Eingetretene Veränderungen vom 1. 4. — 30. 9. 34	Stand am 30. 9. 34	Bemerkungen
	RM	RM	
	—	2 303 822,59	
+	3 773,31	3 070 798,54	Teilabdeckung einer infolge Inanspruchnahme als Bürge auf den Provinzialverband übergebenen Forderung der Landesbank der Rheinprovinz gegen den Kath. Caritasverband M. Glöckel.
—	1 266 309,09	12 102 843,91	Bisher nachgewiesen unter B „Forderungen“ Ziff. 1; vgl. die Bemerkung dort. Davon 840 000 RM Berichtigung infolge Nichtheranziehung zur Konsolidierung, ferner sind 426 309,09 RM „Erstattungen aus anderen Haushaltsabchnitten“ hier abgelehrt — siehe im einzelnen „Bilanz der Konsolidierungsaktion“.
—	1 175 200,—	376 900,—	Die im Abgang gestellten Umschuldungsbriefe von nom. 1 175 200 RM wurden zur außerordentlichen Schuldenabdeckung gegenüber dem Umschuldungsverband verwendet.
+	777 439,17	844 788,07	Es handelt sich um die Überschüsse der letzten Rechnungsjahre, davon 700 000 RM an die Ausgleichsrücklage abgeführt auf Grund des Schreibens des Rechnungsprüfungsamtes vom 8. Oktober 1934.
+	45 741,58	45 741,58	Erlös aus dem Verkauf von totem und lebendem Inventar aus Anlaß der Verpachtung der Provinzialgüter Südenhain und Sammersdorf.
+	165 169,71	165 169,71	Der am Schlusse des Rechnungsjahres 1933 zum Ausgleich für eine Inanspruchnahme des Provinzialverbandes aus Bürgschaften im ordentlichen Haushalt 1933 verbliebene Restbeitrag von 165 169,71 RM wurde dem Bürgschaftsficherungsfonds überwiesen.
+	3 770,—	35 510,—	
+	568,55	45 682,05	
—	256,82	16 300,52	
+	3 390,73	39 413,73	Überschuß des Jahres 1933 der Haushaltsrechnung des Rittergutes Desdorf.
	—	512,50	
	—	250,—	
	—	6 285,60	
+	7 690,—	7 690,—	Gegenwert für die Übernahme der Geschäftsanteile an der Rheinischen Heimstätte G. m. b. H. auf den Provinzialverband der Rheinprovinz.
	—	116 500,—	
—	7 690,—	—	Vom Provinzialverband der Rheinprovinz übernommen (vgl. Übersicht A Ziff. 2).

Cf. Nr.	Bezeichnung	Zweck und Bestand	Stand am 31. 3. 34
			RM
12	Sonderkonto der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenenfürsorge	Sür verschiedene Zwecke der Kriegsbeschädigten-, Kriegerhinterbliebenen- und Schwerbeschädigtenfürsorge:	
		a) bar	171 376,—
		b) Forderungen	118 182,—
		c) Wertpapiere:	
		Deutsche Abl.-Anleihe mit Ausl. nom.	37 337,50
		Reichsschuldverschreibungen nom. . .	24 250,—
		Stadt Solingen Abl.-Anleihe mit Ausl. nom.	562,50
Bergwerksgef. Hibernia Herne-Genußrechte, nom.	900,—		
13	Verschiedene kleinere, durch die Inflation entwertete Stiftungen und zweckgebundene Fonds	Sür verschiedene Wohlfahrtszwecke:	
		a) bar	43 402,60
		b) Wertpapiere:	
		Deutsche Abl.-Anleihe mit Ausl. nom. . .	1 850,—
		" " " ohne " "	500,—
		Rheinpr. Abl.-Anleihe mit Ausl. nom. . .	14 550,—
		" " " ohne " "	787,50
		7% Landesbank der Rheinprovinz Goldkom.-Oblig. nom.	6 500,—
		Düsseldorfer Abl.-Anleihe mit Ausl. nom.	187,50
		4% abgest. österr. einheitliche Rente von 1868 — . . . 2000 österr. Kronen*)	—
		Neue westpreuß. landfch. Pfandbriefe*) — Pfl 1800.—	—
		4% deutsche Schutzgebietsanleihe v. 1913 — Pfl 3000.—*)	—

±	Eingetretene Veränderungen vom 1. 4. — 30. 9. 34	Stand am 30. 9. 34	Bemerkungen
	RM	RM	
+	27 093,—	198 469,—	Zugang infolge Ablösungen für die Befreiung von der Derpflichtung zur Einstellung Schwerbeschädigter und Darlehnsrückzahlungen.
—	5 157,—	113 025,—	Darlehnsrückzahlungen von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.
	—	37 337,50	
	—	24 250,—	
	—	562,50	
	—	900,—	
—	14 919,69	28 482,91	Abgang: 15 181,— RM Erfüllung der Aufgabe des Vermögensverwalters Scheib durch Orgelbeschaffung b. d. Kinderheilanstalt Süchteln. Zugang: 261,31 RM aus ausgelassenen Deutschen Ablösungsanleihen.
—	37,50	1 812,50	37,50 RM ausgelöst per 1. Oktober 1934.
	—	500,—	
	—	14 550,—	
	—	787,50	
	—	6 500,—	
	—	187,50	
	—	—	*) noch nicht aufgewertet.
	—	—	*) Kurs 1. Oktober 1934 = 9,60 v. G.
	—	—	*) noch nicht aufgewertet.

Bilanz der Konfolidierungsaktion

Aktiva	Stand der Eröffnungsbilanz RM	Abgang in der Zeit vom 1. 1. — 30. 9. 34 RM	Stand 30. 9. 34 RM
Diese Aktiva setzen sich wie folgt zusammen	19 601 000,—	3 060 552,09	16 540 447,91
1. Langfristig konfolidiert			
a) Forderungen gegen die Stadt- und Landkreise	10 241 000,—	10 241 000,—	
Änderungen des Angebots in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	565 000,—	9 731 000,—	
Abgang infolge Barzahlung in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	—	9 731 000,—	
Abgang infolge Annahme von Umschuldungs- briefen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	81 000,—	—	9 650 000,—
b) Bestand an Umschuldungsbriefen	—	—	
Zugang in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	783 100,—	783 100,—	
Abgang in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	406 200,—	—	376 900,—
2. Konfolidiert nach bes. Bed.			
Forderungen gegen die Stadt- und Landkreise	—	—	
Änderungen des Angebots in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Septem- ber 1934	132 000,—	132 000,—	
Abgang infolge Barzahlung in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	3 000,—	129 000,—	
Abgang infolge Annahme von Umschuldungs- briefen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	—	—	129 000,—
3. Konfolidiert auf 24 Monate			
Forderungen gegen die Stadt- und Landkreise	4 434 000,—	4 434 000,—	
Änderungen des Angebots in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Septem- ber 1934	345 000,—	4 098 000,—	
Abgang infolge Barzahlung in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	578 745,42	3 519 254,58	
Abgang infolge Annahme von Umschuldungs- briefen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	212 750,—	—	3 306 504,58
4. Konfolidiert auf 12 Monate			
Forderungen gegen die Stadt- und Landkreise	4 926 000,—	4 926 000,—	
Änderungen des Angebots in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Septem- ber 1934	633 000,—	4 320 357,16	
Abgang infolge Barzahlung in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	27 357,16	2 936 648,55	
Abgang infolge Annahme von Umschuldungs- briefen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1934	1 383 708,61	—	2 651 734,24
5. Erstattungen anderer Haushaltsab- schnitte			
Zugang in der Zeit vom 1. Jan. bis 30. Sept. 1934	426 309,09	—	426 309,09
	19 601 000,—	3 060 552,09	16 540 447,91

(Stand: 30. September 1934)

Passiva	Stand der Eröffnungsbilanz RM	Abgang in der Zeit vom 1. 1. — 30. 9. 34 RM	Stand 30. 9. 34 RM
I. Bestand der Konfolidierungsaktion	14 921 253,—	2 015 200,—	12 906 053,—*)
II. Verpflichtungen gegenüber der Landeshauptkasse (Vorfuß)	5 519 747,—	1 885 352,09	3 634 394,91*)
	20 441 000,—	3 900 552,09	16 540 447,91

*) Zur Abdeckung der Verpflichtungen bei der Landeshauptkasse in Höhe von 3 634 394,91 RM stehen zur Verfügung aus Forderungen gegen die Stadt- und Landkreise an kurzfristig konfolidierten Zahlungsrückständen:

a) aus den in 12 Monaten rückzahlbaren Beträgen	2 651 734,24 RM	vgl. Aktivseite Ziffer 4
b) aus den in 24 Monaten rückzahlbaren Beträgen	982 660,67	" " " " " 3
Summe:	3 634 394,91 RM	

Es verbleibt hiernach ein Bestand der Konfolidierungsaktion und zwar:

a) langfristige Forderungen gegen die Stadt- und Landkreise von	9 650 000,— RM	vgl. Aktivseite Ziffer 1a
b) Forderungen nach besonderen Bedingungen gegen die Stadt- und Landkreise von	129 000,—	" " " " " 2
c) auf 24 Monate konfolidierte Forderungen gegen die Stadt- und Landkreise von	2 323 843,91	" " " " " 3
d) Erstattungen anderer Haushaltsabschnitte	426 309,09	" " " " " 5
e) Bestand an Umschuldungsbriefen	376 900,—	" " " " " 1b
Summe:	12 906 053,— RM	

In Übereinstimmung mit der Vermögensübersicht, zu c) Ziffer 3, jedoch mit der Maßgabe, daß der Verrechnungsposten „Erstattungen anderer Haushaltsabschnitte“ in Höhe von 426 309,09 RM dort abgesetzt worden ist.

Nach-

**über den Schuldenstand des Provinzialverbandes der Rheinprovinz unter
bis 30. September 1934**

Art der Schulden	Schuldenstand am 31. 9. 1934 RM
A. Seit dem 1. April 1924 aufgenommene Schulden:	
I. Auslandschulden:	
1. Inhaberschuldverschreibungen	—
2. Anteile an Sammelanleihen	—
II. Inlandschulden:	
1. Langfristige Anleihen	
a) Inhaberschuldverschreibungen	—
b) Anteile an Sammelanleihen und dergl.	30 213 603,72
c) Schulden an den Umschuldungsverband	68 406 300,—
d) Sonstige langfristige Tilgungsanleihen	3 412 892,50
2. Schulden aus öffentlichen Mitteln	
a) Schulden aus Hauszinsstewermitteln	2 922,72
b) Sonstige Schulden aus öffentlichen Mitteln:	
1. Notstandsmassnahmen im Straßenbau	3 862 923,75
2. Arbeitsbeschaffungsprogramm 1932 (Papen-Programm)	6 201 357,70
3. Arbeitsbeschaffungsprogramm 1933 (Sofort-Programm)	9 014 040,—
4. III. Arbeitsbeschaffungsprogramm (Reinhardt-Programm)	578 985,—
5. Öffentl. Darlehen für den Ausbau der Mittelmooselstraße, vom Landkreis Crier übernommen	—
6. Staatsdarlehen, weitergeleitet an Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege	1 027 500,—
7. Staatsdarlehen für Hochwasserarbeiten 1925/26	600 000,—
8. Preuß. Staat für Landarbeiterwohnungen Rittergut Desdorf	5 246,60
9. Kreis Bergheim — wie zu I. Nr. 8	6 602,60
10. Staatsdarlehen, weitergeleitet an Rhein. Heimstätte G. m. b. H.	640 460,—
11. Preuß. Staat betr. Hilfsaktion	4 320 000,—
12. Rhein. Heimstätte G. m. b. H. für Auffodnung des Landeshauses	200 000,—
13. Witwen- und Waisenversorgungsanstalt der Rheinprovinz	750 000,—
3. Hypotheken und Restkaufgelder	9 000,—
4. Sonstige seit 1. April 1924 aufgenommene Schulden	
a) Schatzanweisungen	—
b) Sonstige mittelfr. Schulden	15 536 983,76
c) kurzfristige Schulden (Laufzeit höchstens 1 Jahr oder jederzeit kündbar)	—
B. Vor dem 1. April 1924 aufgenommene Schulden:	
Ablösungs- und Aufwertungsschulden	311 298,16
Insgesamt:	145 100 116,51

*) In dem vorstehenden Schuldenstand sind die aus Anleihen zu deckenden Ausgaben des außerordentlichen Haushalts für 1934 in der Gesamthöhe von 9 496 291,— RM erzt mit 5 080 683,52 " enthalten. Ist der a. o. Haushalt ganz abgewickelt, so wird sich der Schuldenstand also noch um 4 415 607,48 " erhöhen.

weisung

Berücksichtigung der in der Zeit nach dem 31. März 1934 (Rechnungsabluß 1933) eingetretenen Veränderungen*)

Zugänge in der Zeit vom 1. 4. — 30. 9. 34 durch		Abgänge in der Zeit vom 1. 4. — 30. 9. 34 durch		Schuldumwandlungen in der Zeit vom 1. 4. — 30. 9. 34 auf Grund des Gemeindeumschuldungs- gesetzes		Schuldenstand am 30. 9. 1934 RM
Berichtigung RM	Schuldaufnahme RM	Berichtigung RM	Schuldentilgung RM	+	— RM	
—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	30 213 603,72
23 100,—	—	135 400,—	1 415 200,—	+	1 652 500,—	68 531 300,—
—	—	—	79 986,72	—	—	3 332 905,78
—	—	—	16,16	—	—	2 906,56
—	—	—	88 401,32	—	—	3 774 522,43
—	30 820,—	—	—	—	—	6 232 177,70
—	862 800,—	—	—	—	—	9 876 840,—
—	3 792 802,08	—	—	—	—	4 371 787,08
—	285 000,—	—	17 752,—	—	—	267 248,—
—	—	—	—	—	152 500,—	875 000,—
—	—	—	50 000,—	—	—	550 000,—
—	—	—	524,68	—	—	4 721,92
—	—	—	41,93	—	—	6 560,67
—	—	—	—	—	—	640 460,—
—	—	—	360 000,—	—	—	3 960 000,—
—	—	—	—	—	—	200 000,—
—	—	—	—	—	—	750 000,—
—	—	—	—	—	—	9 000,—
—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	1 500 000,—	14 036 983,76
—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	3 293,29	—	—	308 004,87
23 100,—	4 971 422,08	135 400,—	2 015 216,10	—	—	147 944 022,49

Überzicht
über die vom Provinzialverband der Rheinprovinz für Anstalten und Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege
übernommenen Bürgschaften nach dem Stande vom 30. September 1934.

Nr.	Anstalten und Einrichtungen, die bei der Bürgschaftsübernahme berücksichtigt wurden:	Belohnung des Proo. Landtages vom	Höhe der Bürgschaft	Personen im Anspruch genommen	Dreijährige in Höhe von	Stand: 31. 1. 34		Stand: 30. 9. 34	
						Die übernommene Verpflichtung ist erfüllt in Höhe von	Rest	Die übernommene Verpflichtung ist erfüllt in Höhe von	Rest
1	Engl. Erziehungsanstalt Oberbieber bei Hemsied (Anstalt für Sürforgesöglinge)	24. 6. 1924	70 000,—	70 000,—	—	50 000,—	20 000,—	70 000,—	—
2	Berg-Jesukrankenhaus in Erier für den Ausbau der chirurgisch-orthopädischen Station	"	175 000,—	175 000,—	—	—	—	—	175 000,—
3	Kath. Erziehungsverein für die Rheinprovinz für die Errichtung einer Anstalt für körperlich schwache Sürforgesöglinge in Maaen	"	90 000,—	90 000,—	—	54 710,30	—	54 710,30	35 289,70
4	Kath. Sürforgesverein in Effen für die Errichtung eines Doratsels	"	20 000,—	20 000,—	—	7 400,—	—	7 400,—	12 600,—
5	Kath. Erziehungsanstalt für Sürforgesöglinge in Eichenhagen (Kath. Kirchengemeinde)	16. 6. 1925	50 000,—	50 000,—	—	3 092,64	—	3 092,64	46 907,36
6	Diakonissenanstalt in Kellerswerth für den Ausbau der Anstalt für schulpflichtige weibliche Sürforgesöglinge	"	300 000,—	300 000,—	—	79 000,—	14 914,71	93 914,71	206 085,29
7	Berg. Diakonissen-Mutterhaus in ID. Eilberfeld	"	200 000,—	200 000,—	—	35 831,45	—	35 831,45	164 168,55
8	Engl. Krankenhaus G. m. b. H., Waldbrook — Anstalt für Greisstranke	26. 3. 1926	428 182,65	428 182,65	—	26 319,70	—	26 319,70	401 862,95
9	Berg-Jesukrankenhaus in Erier	"	50 000,—	50 000,—	—	—	—	—	50 000,—

10	Anstalt Euphata für Schwachjinnige in III. Gladbach	9. 4. 1927	120 000,—	120 000,—	—	30 000,—	—	30 000,—	90 000,—			
11	Engl. Krankenhaus G. m. b. H., Waldbrook	"	100 000,—	100 000,—	—	—	—	—	100 000,—			
12	Kath. Erziehungsverein für die Rheinprovinz	"	100 000,—	100 000,—	—	—	—	—	100 000,—			
13	Anstalt für Schwachjinnige Stanz-Saleshaus in Effen	"	100 000,—	100 000,—	—	80 000,—	—	80 000,—	20 000,—			
14	Dieselbe	30. 3. 1928	200 000,—	200 000,—	—	—	—	—	200 000,—			
15	Raphelshelm in Dormagen des Kath. Erziehungsvereins für die Rheinprovinz	"	400 000,—	340 000,—	60 000,—	44 465,—	13 654,55	58 119,55	281 880,45			
16	Engl. Verein „Sürforcheim Ratingen“ für den Ausbau seiner Anstalt für Sürforgesöglinge	"	70 000,—	70 000,—	—	6 218,—	—	6 218,—	63 782,—			
17	St. Elisabethenstift — für erholungsbedürftige Kinder des Landesfürsorgeverbandes und der Landesversicherungsanstalt — in Bob Kreuznach	"	400 000,—	400 000,—	—	—	—	—	400 000,—			
18	Daselbe	"	15 000,—	15 000,—	—	—	15 000,—	15 000,—	—			
19	Kath. Lehrlingsheim G. m. b. H. in Düsseldorf-Überbühl	"	98 000,—	74 808,40	23 191,60	3 760,—	—	3 760,—	71 048,40			
20	St. Elisabethenstift in Bob Kreuznach	8. 3. 1929	200 000,—	200 000,—	—	—	—	—	200 000,—			
21	Kinderheilstätte Maria Grünwald bei IDittlich des Diözesan-Caritasverbandes, Erier	"	200 000,—	200 000,—	—	19 408,21	—	19 408,21	180 591,79			
Summe:					3 386 182,65	3 302 991,05	83 191,60	440 205,30	2 862 785,75	63 569,26	503 774,56	2 799 216,49

2. Bürgschaften für Siedlerkredite.

Höchstbetrag bis zu dem gemäß den ministeriell genehmigten Provinzial-Landtagsbeschlüssen Bürgschaften übernommen werden können	1 000 000,— R.M.
Zahl der Fälle, in denen die Bürgschaft des Provinzialverbandes gegeben worden ist	194
Höhe der Kreditsumme für die die Haftung des Provinzialverbandes zur Zeit besteht	680 694,— R.M.

3. Bürgschaft für eine staatliche Saatguthkreditaktion aus dem Jahre 1925.

Ursprünglicher Kreditbetrag für den die Bürgschaft übernommen wurde	14 500 000,— R.M.
Diese Kreditaktion ist inzwischen bis auf geringfügige Reste im Betrage von	5 812,28 "

abgewickelt. Nach Auskunft der Landesbank braucht mit einer Inanspruchnahme des Provinzialverbandes aus seiner Bürgschaft auch für diesen Restbetrag nicht gerechnet zu werden.

In diesem Zusammenhang sind noch zu erwähnen:

1. die den Gläubigern der Gulden-Auslandsanleihe der Landesbank aus 1926 in Höhe von ursprünglich 12 300 000 hfl. abgegebene schriftliche Bestätigung des Provinzialverbandes, daß gemäß § 2 der Satzung der Landesbank diese unter Gewährleistung der Rheinprovinz verwaltet wird und demgemäß der Provinzialverband für die sämtlichen Verpflichtungen der Landesbank aus dieser Anleihe haftet (Beschluß des Provinzialausschusses vom 30. April 1926). Die abgegebene Erklärung stellt eine Bestätigung der ohnehin bestehenden Gewährhaftung des Provinzialverbandes für die Landesbank dar. Irgendeine Inanspruchnahme des Provinzialverbandes ist bisher nicht erfolgt. Die Landesbank hat bisher die fälligen Zins- und Tilgungsraten auf diese Guldenanleihe stets pünktlich gezahlt. Nach Abzug der zwischenzeitlich geleisteten Tilgung beträgt der derzeitige Stand dieser Anleihe noch 9 250 000 hfl.;
2. das Schuldversprechen des Provinzialverbandes für den Anteil der Landesbank in Höhe von 750 000 Dollars an der Amerika-Anleihe der Deutschen Landesbankzentrale A.-G. aus 1928 für die landwirtschaftliche Umschuldung (Beschluß des 74. Provinziallandtages vom 30. März 1928). Da das Reich die Verpflichtung übernommen hat, der Landesbank alle Ausfälle zu ersetzen, die dieser aus den aus dieser Anleihe ausgeliehenen landwirtschaftlichen Umschuldungskrediten entstehen, hat das Schuldversprechen des Provinzialverbandes für diese Anleihe nur noch formelle Bedeutung.

Begründungen
der nach dem Nachtragshaushaltsplan 1934 gegenüber dem Haushaltsplan 1934
eingetretenen Einnahmeänderungen und Mehrausgaben.

Ifd. Nr.	Kapitel	Titel	Begründung
I. Finanzverwaltung			
1	E *) 2	1, 2, 3 u. 5	Mehreinnahmen an Dotationen, Einkommen- und Körperschaftssteuern und aus der endgültigen Abrechnung der Provinzialumlage 1933.
2	E 2	4	Die Mindereinnahme ist begründet in dem Minderaufkommen an Kraftfahrzeugsteuern und in der Kürzung des Länderanteils an der Kraftfahrzeugsteuer um $\frac{1}{3}$ gemäß § 11 des Gesetzes über die einstweilige Neuordnung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung vom 26. März 1934.
3	A **) 9	1	Der Ansatz für unvorhergesehene Ausgaben mußte vorsichtshalber um 150 000 <i>R.M.</i> erhöht werden, weil u. a. durch die Übergabe der Fürsorge der Hirnverletzten und Kriegsblinden auf den Landesfürsorgeverband diesem im zweiten Halbjahr voraussichtlich wesentliche neue Ausgaben entstehen werden.
4	A 9	2	In den Grenzgebieten wird sich im Laufe des Rechnungsjahres, vor allem im Hinblick auf die bevorstehende Rückgliederung des Saargebietes, noch die Notwendigkeit ergeben, für Maßnahmen wirtschaftlicher und kultureller Art und im Interesse der Arbeitsbeschaffung Provinzialmittel bereitzustellen.
II. Allgemeine Verwaltung			
5	E 13	1	Mehrerstattung der Ruhegehaltskassen usw. und des Gemeindeunfallversicherungsverbandes infolge Neueinstellung von Bürohilfskräften.
6	A 13	2	Neueinstellung von Personal, die dringend notwendig war, bezw. werden wird. Außerdem sind in den Mehrausgaben enthalten unvorhergesehene Übergangsgelder und Auszahlung der preussischen Einbehaltungen an ausscheidende Angestellte.
7	A 13	3	Einstellung von Küchenpersonal infolge Einrichtung der Küche im Ständehaus und Einstellung von drei (Schwerbeschädigten) Boten.
8	A 13	10a	Dringend notwendige Überholung der Druckereimaschine, Beschaffung einer Schreibmaschine für die Kanzlei und einer Rechenmaschine für die Landeshauptkasse.
9	A 13	10f	Durch bauliche Instandsetzungen während des ersten Halbjahres notwendig gewordene erhöhte Reinigungsarbeiten.
10	A 13	10g	Dringend notwendige Erweiterung der Registratur des Landesfürsorgewesens.
11	A 13	10h	Erhöhter Anteil an den Kosten der Kraftwagendienststelle infolge Erhöhung der Bezüge eines Kraftwagenführers und Übernahme des früheren Heizers Ha is als Kraftfahrer.
12	A 13	17	Im Zusammenhang mit dem Aufbau des Rechnungsprüfungsamtes.
13	A 13	20a	Erhöhung des Provinzialanteils.
III. Verkehrsweisen			
14	E 20	1	(vgl. Ifd. Nr. 2).
15	E 20	12 13a	Infolge Teilnahme von acht Bauamtsvorständen an dem 7. internationalen Straßenkongreß in München und des Besuches der Ausstellung „Die Straße“ in München von 24 Straßenbaumeistern.
16	A 20	13b	Neubeschaffung eines Dienstkraftwagens für das Landesbauamt Krefeld.
17	A 20	21b	Infolge Ausgliederung aus Kapitel 20 Titel 21 a gemäß § 24 Absatz 1 des Gemeindefinanzgesetzes vom 15. Dezember 1933.
18	A 20	22	Infolge Verzögerung in der Fertigstellung der Arbeiten wurden die Teilbeträge des Darlehens von 1 470 000 <i>R.M.</i> später abgehoben, als veranschlagt.
19	A 20	31	(vgl. Ifd. Nr. 2.)

*) E = Einnahme **) A = Ausgabe.

Efd. Nr.	Kapitel	Titel	Begründung
20	A 20	42	Notwendig gewordene Neuanschaffungen und Ersatzbeschaffungen für abgängige Prüfungsgeräte.
21	A 20	44	Erhöhter Anteil an den Kosten der Kraftwagendienststelle.
22	E 20	Bej. Abschn.	Vom Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen für Aufwendungen im Straßenbau überwiesen.
23	E 20	Bej. Abschn.	Für Aufwendung für Reichsstraßen.
24	E 120	5	
25	A 120	5	Zu den Kosten der Instandsetzung der Fahrbahnoberfläche der Autostraße Köln—Bonn in Höhe von 170 000 <i>R.M.</i> gewährt das Reich einen Zuschuß von 85 000 <i>R.M.</i>
			Zur besseren Durchführung der Verkehrsdisziplin ist beabsichtigt, die einzelnen Fahrspuren durch Behandlung mit Kalk bezw. Basaltsteinsplitt farbig zu unterscheiden.

IV. Wirtschaftspflege

26	E 30	10	Durch Verminderung des Anteils des Staates am Westfonds und Flußregulierungsfonds 1934.
27	E 30	11	Die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt hat den Zuschuß nachträglich um 12 000 <i>R.M.</i> erhöht.
28	E 31	1	Die Mindereinnahme ist begründet durch geringe Ernten im Obst- und Gartenbau sowie in der Landwirtschaft infolge der ungewöhnlichen Trockenheit.
29	E 31	2	Erhöhte Einnahmen an Schulgeld, bedingt durch eine größere Zahl von Schülerinnen.
30	A 31	2	Erhöhte Ausgabe für Verpflegung, bedingt durch eine größere Zahl von Schülerinnen. Der Mehrausgabe steht eine gleich hohe Mehreinnahme gegenüber.
31	E 31	3	Die im Haushaltsplan 1934 vorgesehene Schülerzahl wird nicht erreicht.
32	A 35	1	Die evtl. Übernahme der Kosten der Landesplanung im Regierungsbezirk Aachen auf die Provinz bedingt einen Kostenaufwand von voraussichtlich 15 000 <i>R.M.</i> , ferner die Herausgabe einer Denkschrift über die Förderung des Karten- und Luftbildwesens 8 000 <i>R.M.</i> und einer Denkschrift unter der Bezeichnung „Landesplanung im Saargebiet 1930 bis 1935“ 12 000 <i>R.M.</i>
33	A 35	4	Es gehen noch viele Anträge ein, bei denen durch eine Beihilfe in verhältnismäßig geringer Höhe der Eigenheimbesitzer vor dem Verlust des Eigenheims geschützt werden kann. Es ist daher vorsorglich ein weiterer Betrag von 2 000 <i>R.M.</i> vorgesehen.
34	A 35	8	Der vorbereitende Ausschuß zur Erstellung von Radfahrwegen ist die ministeriell anerkannte sachverständige Stelle für Rheinland und Westfalen mit der bei allen Radfahrwegeprojekten zusammengearbeitet werden soll. Der vorgesehene Betrag entspricht der Schlüsselung einer Beihilfe von 3 000 <i>R.M.</i> nach der Einwohnerzahl der beiden Provinzen.
35	E 130	—	Aus dem Fonds konnte der nicht mehr benötigte Betrag dem ordentlichen Haushalt zugeführt werden.

V. Volksfürsorge

36	E 41	2	Durch Abgang der Schutzhäftlinge. Die Mindereinnahme wird durch eine entsprechende Minderausgabe fast ausgeglichen.
37	E 42	1	Die Mehreinnahme ergibt sich dadurch, daß die Entlassung von Geisteskranken im Hinblick auf das in Durchführung begriffene Sterilisierungsgesetz sich hinausögerte.
38	E 42	2	
39	E 42	4	Höhere Einnahmen aus Pflegegeldern infolge der Überbelegung der Anstalt.
40	A 42	4	Erhöhung der Pflegetage. Die Mehrausgabe ist durch Mehreinnahme gedeckt.
41	A 42	1	Die Steigerung ergibt sich dadurch, daß sich infolge der bevorstehenden Durchführung des Sterilisierungsgesetzes die Entlassung von an sich nicht mehr anstaltspflegebedürftigen Geisteskranken verzögerte. Die Mehrausgabe ist durch Mehreinnahme an Spezialkosten und Verbesserung des Ergebnisses bei den Provinzialheil- und Pflegeanstalten gedeckt.

Ufd. Nr.	Kapitel	Titel	Begründung	
42	A	42	5	Erhöhung der Pflageetage. Die Mehrausgabe ist durch die Mehreinnahme gedeckt.
43	E	42	5	Infolge geringerer Belegung mit Bezirkshilfsbedürftigen.
43a	E	42	6	Höhere Einnahmen aus Pflegegeld infolge der Überbelegung der Anstalt.
44	A	42	6	Erhöhung der Pflageetage. Die Mehrausgabe ist durch Mehreinnahme gedeckt.
44a	E	42	7	Höhere Einnahmen aus Pflegegeld infolge der Überbelegung der Anstalt.
45	A	42	7	Erhöhung der Pflageetage. Die Mehrausgabe ist durch Mehreinnahme gedeckt.
46	E	42	8	Höhere Einnahmen aus Pflegegeld infolge der Überbelegung der Anstalt.
47	A	42	8	Erhöhung der Pflageetage. Die Mehrausgabe ist durch Mehreinnahme gedeckt.
48	E	42	9	Höhere Einnahmen aus Pflegegeld infolge der Überbelegung der Anstalt.
49	A	42	9	Erhöhung der Pflageetage. Die Mehrausgabe ist durch Mehreinnahme gedeckt.
50	E	42	10	Höhere Einnahmen aus Pflegegeld infolge der Überbelegung der Anstalt.
51	A	42	10	Erhöhung der Pflageetage. Die Mehrausgabe ist durch Mehreinnahme gedeckt.
52	E	42	12	Mindereingang an Wohnungsmiete.
53	E	42	11	Höhere Einnahmen aus Pflegegeld infolge der Überbelegung der Anstalt.
54	A	42	11	Erhöhung der Pflageetage. Die Mehrausgabe ist durch Mehreinnahme gedeckt.
55	A	42	12	Infolge Gehaltssteigerung und Zahlung von Kinderbeihilfen.
56	E	44	1	Die Übernahmeanträge durch die Bezirksfürsorgeverbände sind zurückgegangen. Der Mindereinnahme steht eine entsprechende Minderausgabe gegenüber.
57	A	44	2	Erhöhte Aufwendungen für Krüppel.
58	E	44	2	Die Zahl der Selbstzahler geht zurück. Die freiwilligen Leistungen der Krankenkassen werden eingeschränkt.
59	E	44	4	Schwächere Belegung der Anstalt.
60	A	48	11d	Ausbau der Jugendherberge Burg Stahleck.
61	A	48	12	Beihilfen für Aufbauarbeit der Hitlerjugend.
62	A	48	16	Unterstützung der wohlfahrtspflegerischen Aufgaben der N.S. Volkswohlfahrt und der N.S. Frauenschaft, insbesondere für Müttererschulung sowie für die weitere Lehrgangsarbeit des Landesjugendpflegers.
63	E	48	16	Von den Lehrgangsteilnehmern werden Gebühren nicht mehr erhoben.
64	E	49	1	Der Staatszuschuß zu den Kosten der Fürsorgeerziehung Minderjähriger ist für das Jahr 1934 um 125 495 RM höher festgesetzt worden.
65	A	49	1c 1d	Im Haushaltsplan für 1934 nicht vorgesehen. Besoldung von drei Kanzleiangestellten, die an Stelle von drei aus Abteilung VII ausgeschiedenen Kanzleibeamten (Tod, Pensionierung bzw. Versetzung in andere Abteilungen) eingestellt worden sind. Der Mehrausgabe steht eine bei der Haushaltsaufstellung 1934 allerdings bereits berücksichtigte Minderausgabe bei Kapitel 49 Titel 1 b) gegenüber, wo u. a. die Besoldung für die aus Abt. VII ausgeschiedenen drei Beamten abgesetzt ist.
66	E	49	1e 2a	Höhergruppierung zweier Angestellten. Im Voranschlag zu hoch bemessen.
67	E	49	10	Infolge Entlassung von Fürsorgezöglingen.
68	A	49	11	Mehrausgaben, in der Hauptsache bedingt durch Zahlung des hohen Wassergeldes an die Stadt Solingen.
69	E	49	11	Ausfall von Beköstigungstagen beim Personal.
70	E	49	12	Mindereinnahme bei der Land-, Vieh- und Forstwirtschaft.
71	E	49	29	Einnahmen sind nicht zu erwarten.
72	A	59	6	Beihilfen für den deutschen Verein gegen den Alkoholismus und den Rheinischen Verband gegen den Alkoholismus, für die Arbeitsgemeinschaft für Volksgefundung e. V. in Berlin-Dahlem.
73	E	59	1	Die Einnahmen aus Anzeigen und Abonnements fließen unmittelbar der Zeitschrift zu. Die Kosten der Herausgabe werden von ihr unmittelbar bestritten.
74	E	59	3	Weitere Einnahmen aus Forderungen für 1934 sind nicht zu erwarten, weil in der Art der Verausgabung der Mittel eine Änderung eingetreten ist. Der Mindereinnahme steht eine gleich hohe Minderausgabe bei Kapitel 59, Titel 3 der Ausgabe gegenüber.

VI. Kulturpflege

75	A	61	2a	Einstellung eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters beim Konservator am 1. Juli 1934.
76	A	61	4a	Erhöhte Reisetätigkeit.
77	E	61	14	
78	A	61	21	Es handelt sich um die Bereitstellung von Mitteln zum Erwerb von bedeutsamen Kunstgegenständen aus einer demnächst zur Versteigerung gelangenden rheinischen Privatsammlung, um so wenigstens einen Teil der wertvollen Stücke für die Rheinprovinz zu retten. Der größere Teil der Sammlung wird sowieso dem Kunsthandel und somit dem Verkauf an das Ausland verfallen.
79	A	63	1	In der Hauptsache bedingt durch Ausstattung des Lichthofes des Provinzialmuseums in Bonn mit geeigneten Vitrinen, die in die Wände des Umgangs einzulassen sind und die hervorragendsten Stücke antiken Kunsthandwerks aufnehmen sollen, und durch Erweiterung des Aufsiehtsdienstes infolge Bauarbeiten.
80	E	63	1	Mietausfall.
81	A	63	2	Neueinstellung eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters, Anfertigung eines Großmodells der Stadt Trier, erhöhte Reisetätigkeit, Herausgabe von Führungsblättern durch die Römerbauten usw. aus Anlaß der Ende Oktober des Jahres in Trier stattfindenden 58. Deutschen Philologenversammlung; Neuanschaffung einer Schreibmaschine.
82	E	63	2	Mehreinnahme aus erhöhtem Verkauf von Führungsblättern.
83	A	63	4	Beteiligung des Provinzialverbandes an den Kosten der Grabungen auf dem Gelände der Colonia Trajana in Xanten, die zum Ziele haben, die historischen Hintergründe und Zusammenhänge der Siegfriedsage aufzudecken.
84	A	63	5a	Ankauf von zwei in der Sammlung des Freiherrn von Liebig in Gondorf an der Mosel befindlichen ganz einzigartigen, im Rheinland gefundenen fränkischen Grabsteinen. Der Erwerb dieser Stücke für das Landesmuseum in Bonn ist umso notwendiger als zur Zeit Verhandlungen über den Gesamtverkauf der Sammlung schweben, da der Besitz durch die Familie des Freiherrn von Liebig kaum noch zu halten ist.
			5b	Zur Auswertung der Ausgrabungen der Trier-Kommission im Altbachtal in Trier, und zur Herausgabe einer Veröffentlichung über die Ergebnisse dieser Ausgrabung.
85	A	65	—	Es hat sich herausgestellt, daß der Haushaltsansatz 1934 bei weitem nicht ausreicht, um den berechtigten Wünschen von wissenschaftlichen Vereinen und Einrichtungen, die in den Nachkriegsjahren ihr Vermögen mehr oder weniger verloren haben, in etwa zu entsprechen.

VII. Kredit- und Versicherungswesen

86	E, A	76	1	Die erhöhten Ausgaben sind begründet in dem Bestreben, in einer Zeit, wo möglichst viele Volksgenossen in Arbeit untergebracht werden sollen, den Personalbestand nicht zu sehr einzuschränken. Da die Ruhegehaltskassen usw. und der Gemeindeunfallversicherungsverband die Mehrausgaben erstatten müssen, die somit in gleicher Höhe in Einnahme erscheinen, tritt eine eigentliche Belastung des Provinzialhaushaltsplans durch die Mehrausgabe nicht ein.
87	E, A	78	1	

Anlage
zu den Begründungen
der eingetretenen Einnahmeveränderungen und Mehrausgaben.
(Unterhaushaltspläne)

Lfd. Nr.	Titel	Nummer	Begründung
Abschnitt IV: Wirtschaftspflege.			
Zu Kapitel 31 Titel I: Weinbaulehranstalt Trier			
1	E*)	VI	} Geringe Ernten im Obst- und Gartenbau sowie in der Landwirtschaft infolge ungewöhnlicher Trockenheit.
2	E	VI	
3	A**)	VII	
Zu Kapitel 31 Titel II: Landwirtschaftliche Haushaltungsschule Olevig			
4	E	I	1 Größere Zahl von Schülerinnen.
5	A	III	1 Größere Zahl von Schülerinnen. Die Mehrausgabe ist durch Mehreinnahme gedeckt.
Zu Kapitel 31 Titel III: Gemüsebauschule Trier			
6	E	I	— Die im Etatansatz vorgesehene Schülerzahl wird nicht erreicht.
Abschnitt V: Volksfürsorge.			
Zu Kapitel 41 Titel II: Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler			
7	E	I	1 Erhöhte Einweisung von Landhilfsbedürftigen.
8	E	I	2 Abgang von Schulhäftlingen.
9	A	II	1 Neueinstellung eines Direktors und mehrerer Beamten.
10	A	II	2c Neueinstellung mehrerer Hilfsaufseher.
11	A	II	2d Anderweitige Regelung der Dienstbezüge des Sportlehrers Brochhausen.
12	A	II	3 Neueinstellung bei Wiederinbetriebnahme der Ziegelei.
13	E	III	1 Die nach dem Voranschlag angenommene Teilnehmerzahl wurde nicht erreicht.
14	E	IV	5 Heizungsmaterial wird in dem angenommenen Umfange nicht abgenommen.
15	E	VI	5 Mindererlös.
16	E	VI	7 Etatansatz zu hoch angesetzt.
Zu Kapitel 41 Titel III: Provinzial-Heilstätte Sichtenhain			
17	A	II	4 Zahlung von Umzugskosten an in den Ruhestand versetztes Anstaltspersonal und Zahlung von Vergütung für die Beaufsichtigung der Anstaltsforsten. Die Mehrausgabe ist durch Wenigerausgabe bei Titel I, 1 gedeckt.
Zu Kapitel 42 Titel IV: Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Andernach			
18	A	II	2b Einstellung eines Angestellten für den erkrankten Anstaltsobersekretär Socher.
19	A	II	2c Einstellung von Ersatzpflegerinnen für erkranktes Pflegepersonal.
20	A	II	3 Infolge Senkung der preussischen Einbehaltungen.
21	A	II	4b Etatansatz zu gering bemessen.
22	A	III	1 Erhöhte Pflage tage.
23	A	III	6 Die Zahl der Familienpfleglinge hat sich erhöht.
24	E	IV	2 Mietausfall.
25	E	I	1
26	E	I	2
27	E	I	3
			} Stärkere Belegung der Anstalt.

*) E = Einnahme **) A = Ausgabe.

Efd. Nr.	Titel	Nummer	Begründung	
Zu Kapitel 42 Titel V: Bedburg-Hau				
28	E	I	2	Im wesentlichen infolge Senkung des Pflegekostensatzes von 2,60 <i>R.M.</i> auf 2,50 <i>R.M.</i>
29	E	I	3	Etatansatz zu hoch bemessen.
30	E	I	4	Der Anstalt sind keine Fürsorgezöglinge in 1934 überwiesen worden.
31	A	II	2d	Verbuchung der Gehaltsbezüge für einen Obergärtner und der Küchen- vorsteherin auf diesen Titel, infolge Nichtüberführung in das Beamten- verhältnis.
32	A	II	3	Überstunden, Urlaubsvertretungen.
33	A	III	1	Infolge Mehrbelegung der Anstalt.
34	A	III	2	Infolge Aufstellung von weiteren 100 Betten mußten 100 Matratzen und 300 Wolldecken neu beschafft werden.
35	A	III	6	Mehrkrankte in auswärtigen Krankenhäusern.
36	A	IV	7	Es mußten 100 Betten neu beschafft werden.
37	E	V	10	Etatansatz zu hoch bemessen.
38	E	I	1	Vergleiche laufende Nummern 25, 26 und 27.
39	E	V	1	Höherer Ertrag der Gärten und Äcker.

Zu Kapitel 42 Titel VI: Heil- und Pflegeanstalt Bonn

40	A	I	1	} Stärkere Belegung der Anstalt.
41	A	I	2	
42	E	I	3	Infolge Herabsetzung des Pflegekostensatzes von 2,60 <i>R.M.</i> auf 2,50 <i>R.M.</i>
43	E	I	4	Minderbelegung mit Fürsorgezöglingen.
44	A	II	3	Einstellung eines Friseurs und zwei Aushilfspförtnern, ferner durch Vertretung der Bäcker- und Mehgermeister während der Urlaubszeit.
45	E	IV	5	Infolge Umstellung der Kinderanstalt und Abtretung des Altbaues an die Hirnverletztenstation.
46	A	IV	6	Infolge Umbaus der Waschküche. Die Wäsche muß in der Provinzial- arbeitsanstalt Brauweiler gereinigt werden.
47	E	V	2	Infolge Betriebseinschränkung wird die vorgesehene Einnahme im Jahre 1934 nicht erreicht werden.
48	E	VI	1	Etatansatz zu hoch bemessen.
49	E	VI	10	Etatansatz zu hoch bemessen.

Zu Kapitel 42 Titel VII: Heil- und Pflegeanstalt Düren

50	E	I	1	} Stärkere Belegung der Anstalt.
51	E	I	2	
52	E	I	3	
53	A	II	2a	Einstellung eines Apothekers.
54	A	II	2b	Zusätzliche Mehrbeschäftigung eines Verwaltungsgehilfen.
55	A	II	2c	Neueinstellung von sieben Tarifpflegern.
56	A	II	2d	Verbuchung des Gehaltes eines Obergärtners auf diesen Titel, weil nicht in das Beamtenverhältnis überführt.
57	A	II	3a	Für den Mehger und Bäcker wurde für die Urlaubszeit ein Vertreter eingestellt.
58	A	II	4b	Etatansatz zu gering bemessen.
59	A	III	1	Höhere Pflegeetage.
60	E	III	1	Durch Abgabe von Brot an die Blindenanstalt Düren und erhöhte Ein- nahme an Beköstigungsgeldern.
61	E	IV	2	Zimmermiete von sieben eingestellten Pflegern.
62	E	VI	8	} Etatansatz zu hoch bemessen.
63	E	VI	10	

Zu Kapitel 42 Titel VIII: Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen

64	E	I	1	} Stärkere Belegung der Anstalt.
65	E	I	2	
66	E	I	3	
67	A	II	2b	Einstellung einer weiteren Bürokräft.
68	A	II	2d	Stelle des Obergärtners im Angestelltenverhältnis.
69	A	II	3	Zuweisung eines Angestellten zur Ausbildung als Schlosser.
70	A	III	1	Erhöhte Pflegeetage.
71	A	III	6	Erhöhte Zuweisung in auswärtige Krankenhäuser.
72	E	VI	8	Mehrerlös aus dem Verkauf von Altmaterial.

Lfd. Nr.	Titel	Nummer	Begründung	
Zu Kapitel 42 Titel IX: Heil- und Pflegeanstalt Grafenberg				
73	E	I	1	Stärkere Belegung der Anstalt.
74	E	I	2	} Senkung des Pflegekostensatzes von 2,60 <i>R.M.</i> auf 2,50 <i>R.M.</i>
75	E	I	3	
76	A	II	2b	
77	A	II	2c	Mehreinstellung von Pflegepersonal infolge Überbelegung der Anstalt.
78	A	II	3	Neueinstellung von zwei Angestellten.
79	E	III	1	Erhöhte Einnahme an Beköstigungsgeldern infolge Einstellung von ledigem Pflegepersonal.
80	A	III	1	Erhöhte Pfl egetage.
81	A	III	6	Erhöhte Zuweisung in auswärtige Krankenhäuser.
Zu Kapitel 42 Titel X: Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Johannistal				
82	E	I	1	Stärkere Belegung der Anstalt.
83	E	I	2	} u. a. infolge Senkung des Pflegekostensatzes von 2,60 auf 2,50 <i>R.M.</i>
84	E	I	3	
85	A	II	2a	
86	A	II	2b	Infolge Personalwechsel und Rückzahlung von preussischen Einbehaltungsbeträgen.
87	A	II	2c	Rückzahlung von preussischen Einbehaltungsbeträgen und Nachentrichtung der Angestelltenversicherung.
88	A	II	2	Neueinstellung zweier Angestellten.
89	A	III	1	Erhöhte Pfl egetage.
Zu Kapitel 42 Titel XI: Provinzial-Kinderanstalt für seelisch Abnorme in Bonn				
90	E	I	1	} Stärkere Belegung der Anstalt.
91	E	I	2	
92	E	I	3	
93	E	I	5	Infolge Verschiebung zu Gunsten der Titel I Nr. 2—3.
94	A	II	2c	Die Zusammensetzung des Personals hat sich im Sinne einer Mehrbeschäftigung der staatlich Geprüften und Ungeprüften verschoben.
94a	A	II	3	Infolge Leistung von Überstunden und Sonntagsdienst.
95	A	II	4b	Etatansatz zu gering bemessen.
96	A	III	1	Überbelegung der Anstalt.
97	A	III	3	Infolge zahlreicher Infektionen und infolge des besonders gearteten Krankenmaterials.
98	A	IV	6	Etatansatz zu gering bemessen.
99	E	V	5	Haushaltsansatz zu hoch bemessen.
Zu Kapitel 42 Titel XII: Provinzial-Psychopathen- und Heilerziehungsheim für Sürsorgezöglinge in Düren				
100	A	II	1	Gehaltssteigerung und dritte Kinderbeihilfe für einen Anstaltsarzt.
101	E	III	1	Verpfl egung einer Erzieherin war im Haushaltsansatz nicht berücksichtigt.
102	E	IV	1	Mietausfall.
Zu Kapitel 44 Titel IV: Orthopädische Kinderheilanstalt in Süchteln				
103	E	I	1	Infolge Minderbelegung der Anstalt.
104	E	I	2	Etatansatz zu gering bemessen.
105	A	III	3	Vergütung für Pastor Pa ck.
106	A	III	3	Infolge Übernahme des Anstreichermeisters G o s s e n.
Zu Kapitel 49 Titel X: Provinzial-Erziehungsheim Rheindahlen				
107	E	I	1	Die Mindereinnahmen sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß sich in der Anstalt fast keine Zöglinge anderer Verbände mehr befinden.
108	A	II	1	Bis zur Pensionierung des ausscheidenden Direktors L e n z e n werden aus diesem Titel zwei Direktoren besoldet.
109	A	VI	6	Zahlung von Umzugskosten an Direktor I n g e n h o v e n und an Rentmeister K l e i n.
110	E	III	2	Der Mindereinnahme steht eine gleiche Minderausgabe gegenüber.

Efd. Nr.	Titel	Nummer	Begründung	
Zu Kapitel 49 Titel XI: Provinzial-Erziehungsheim Solingen				
111	E	I	2	Einnahmen sind nicht zu erwarten.
112	A	II	1	} Infolge Senkung der preußischen Einbehaltenngen.
113	A	II	2b	
114	A	IV	3	

Zu Kapitel 49 Titel XII: Provinzial-Erziehungsheim Euskirchen

115	E	I	1	} Die Mindereinnahmen sind darauf zurückzuführen, daß sich in der Anstalt fast keine Zöglinge mehr von anderen Verbänden befinden. Geringerer Ertrag der Landwirtschaft.
116	E	V	1	
117	A	V	1	

Abschnitt VI: Kulturpflege.

Zu Kapitel 63 Titel I: Provinzialmuseum Bonn

118	E	II		} Mietausfall infolge Auszugs des Hausmeisters. Aufsichtsdienst erforderte infolge der Bauarbeiten mehr Arbeitsstunden.
119	A	III	2	
120	A	III	3	
121	A	IV	4a	Neuaufstellung der prähistorischen, fränkischen und mittelalterlichen bezw. neuzeitlichen Abteilung und Ausgestaltung des Sidythofes mit geeigneten Vitrinen.
122	A	V	5	Erhöhte Reinigungsarbeiten infolge Neuordnung des Museums.
123	A	VI	1	Beschaffung eines stählernen Kassenschrankes.
124	A	VI	2	Mehrausgabe im Zusammenhang mit der Aufstellung der prähistorischen Abteilung.

Abschnitt VI: Kulturpflege.

Zu Kapitel 63 Titel II: Provinzialmuseum Trier

125	E	I	2	} Mehrertrag aus dem Verkauf von Führungsblättern. Neueinstellung eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters.
126	A	III	1a	
127	A	III	3	
128	A	IV	1	} Infolge der vielen einlaufenden Fundmeldungen aus dem Bezirk und der dadurch bedingten Untersuchung und Nachgrabungen am Fundort. Ergänzungsdruck der Führungsblätter durch die Römerbauten usw. aus Anlaß der Ende Oktober des Jahres in Trier stattfindenden 58. deutschen Philologenversammlung.
128a	A	IV	4a	
129	A	VI	1	Neuanschaffung einer Schreibmaschine.

Verrechnungshaushalte. B. Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge

130	A	I	1a	} Pensionierung von Beamten selbständiger Institute, deren Pensionsanteile wieder erstattet werden. Erhöhung der Bezüge eines Kraftwagenführers und Übernahme des früheren Heizers H a i s als Kraftfahrer. Ersatzbeschaffung für zwei nicht mehr fahrbereite Wagen.
131	A	I	2	
132	A	2	6	

Beiheft zum Haushaltsplan.

Haushaltsplan über die Verwaltungskosten des Genossenschaftsvorstandes der Rheinischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft

133	A	1	2b	Infolge Aufstellung der Heberollen war eine vorübergehende Einstellung von Hilfskräften erforderlich.
-----	---	---	----	---

